

Das Wahljahr kann beginnen



Am 1. Februar wählte DIE LINKE. Rostock auf einer Gesamtmittgliederversammlung ihre Kandidaten für die am 25. Mai stattfindende Kommunalwahl. 19 hervorragende Kandidaten werden in den fünf Wahlbereichen um die Stimmen der Rostocker Wählerschaft werben. Sieben Frauen und sieben Männer werden in jedem Wahlbereich für uns antreten - eine gute Mischung aus Jüngeren und Erfahrenen.

Zur Spitzenkandidatin wurde auf Vorschlag des Kreisvorstandes Eva-Maria Kröger, unsere Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, gewählt. Sie erhielt hervorragende 95 Prozent der Stimmen. Eva wird in allen Wahlbereichen auf Platz 1 der Liste stehen, auf Platz 2 Steffen Bockhahn, der ebenfalls in Einzelwahl gewählt wurde und 85 Prozent Zustimmung erhielt. Die verbleibenden 12 Plätze auf den Listen wurden in Blockwahl bestimmt. Hier finden sich bekannte Politiker wie Andreas Engelmann und Wolfgang Nitzsche neben Neulingen wie Ellen Fiedelmeier, Lisa Kranig, Kristin Schröder (Ortsbeiratsvorsitzende in der Südstadt), Kay Nadolny, Sandro Smolka und Marcel Eggert. Für uns kandidieren wird auch die Gewerkschafterin Jutta Reinders. Nicht wenige Kandidaten haben bisher vor allem

in der außerparlamentarischen Arbeit politische Erfahrungen sammeln können. Hier könnten sich wertvolle Netzwerke für die kommunalpolitische Arbeit bilden und DIE LINKE ihre tiefe Verwurzelung in der Stadtgesellschaft kräftigen.

Während der Veranstaltung wurden auch jene herzlich verabschiedet, die nicht mehr für die Bürgerschaft kandidieren: Regine Lück, Günter Althaus, Götz Kreuzer und Peter Menzel. Sie werden mit ihrem reichen Erfahrungsschatz an anderen Stellen weiterhin für die Partei wirken.

Eva-Maria Kröger blickte in ihrer Rede zunächst auf fünf Jahre Fraktionsarbeit zurück. 580 Vorlagen, Anträge und Änderungsanträge belegen den Arbeitseifer der größten Fraktion. Auf ihr Konto gehen die Wiedereinführung des Kurzstreckenfahrscheins, die Krankenkassenkarte für Asylbewerber, die Rettung des Volkstheaters vor der Insolvenz (mehrmals), u.v.m. Auch der Likedeeler und anderen Jugendhilfeträgern konnte unsere Fraktion helfen. Gemeinnützigen Vereinen stehen in Rostock schwere Zeiten bevor. Hier wird ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt der neu zu wählenden Fraktion liegen - hier wird DIE LINKE konkret gebraucht.



In dieser Ausgabe

Seite 2: Editorial
Seite 3: Kommunalwahl
Seite 4: Ukraine
Seite 5: Edward Snowden
Seite 6-7: Altenparlament
Seite 8-9: Oskar Lafontaine

Seite 10 : Klausur der Landtagsfraktion
Seite 12 : Bodenreform
Seite 13 : Günter Brocks 80.
Seite 14 : VVN / Auszeichnung für Ilse Gotthardt
Seite 16 : Die „Neue Rechte“

Die politische Berichterstattung im Klartext wird in den kommenden Monaten sehr häufig Wahlkampfberichterstattung sein. Kommunal- und Europawahlen stehen vor der Tür. Die Mitglieder des Kreisverbandes Rostock haben in einer Marathonsitzung ihre Kandidaten für die Bürgerschaftswahl nominiert. Den Nominierten wünschen wir viel Erfolg und die nötige Ausdauer für den Wahlkampf, in dem sie hoffentlich tatkräftig durch die Parteibasis unterstützt werden. Wie das geht, haben wir im Bundestagswahlkampf gesehen. Im Landkreis Rostock erfolgt die Listenaufstellung vier Wochen später – wir werden darüber in der Märzausgabe genauso berichten wie über den Europaparteitag in Hamburg, wo die Liste zur Europawahl gewählt und das Europawahlprogramm verabschiedet wird. Der Europaabgeordnete Helmut Scholz, der in Rostock ein Wahlkreisbüro unterhält, tritt wieder zur Wahl an. Auf Seite 4 beschäftigt er sich mit der Situation in

der Ukraine. Wer das liest, zweifelt nicht mehr daran, dass wir von den deutschen Medien und der Bundesregierung für dumm verkauft werden. Das ist nichts Neues, muss aber ein ums andere Mal entlarvt werden.



Lest bitte unbedingt den hervorragenden Artikel von Wolfgang Schmidt über das Altenparlament. Darüber hinaus berichten wir ausführlich über die Klausurtagung der Landtagsfraktion, und schließlich dokumentieren wir die Reaktion namhafter Umweltpolitiker der Linkspartei auf die Ausführungen Oskar Lafontaines in der FAZ. Was meint Ihr dazu? Eine prima Gelegenheit, eigene Gedanken aufzuschreiben und an die Klartext-Redaktion zu schicken. Wir freuen uns über jeden Leserbrief!

KLARTEXT online

Niederdeutsche Sprache stärker fördern, um sie am Leben zu halten

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für die Förderung der niederdeutschen Sprache ein.

„Wie aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 6/2355) meiner Fraktion hervorgeht, wird die niederdeutsche Sprache im Land unzureichend gefördert“, erklärte der Abgeordnete der Linksfraktion Dr. Hikmat Al-Sabty in Schwerin. Demnach seien 88 Lehrkräfte für das Unterrichten in der niederdeutschen Sprache ausgebildet worden, wovon wiederum lediglich 55 zur Verfügung stehen, weil einige im Ruhestand oder verzogen sind. „Diese Lücke muss unverzüglich geschlossen und die insgesamt zu geringe Anzahl an Lehrkräften für das Niederdeutsche muss aufgestockt werden“, sagte Al-Sabty.

Auch das Projekt „Niederdeutsch in der frühkindlichen Bildung“ werde sein Ziel insgesamt nicht erreichen, da Erzieherinnen und Erzieher in lediglich 19 Kindertagesstätten des Landes daran teilneh-

men. „Aus unserer Sicht muss das Land seine Anstrengungen erhöhen, damit in den Kindergärten und Schulen verstärkt niederdeutscher Unterricht angeboten werden kann“, so Al-Sabty. „Nur so ist es möglich, die niederdeutsche Sprache an die folgenden Generationen weiterzugeben und damit am Leben zu erhalten.“



V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.die-linke-landkreis-rostock.de

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Peter Hörnig, Peter Möller,
Dr. Carsten Penzlin

Internet: www.dielinke-rostock.de

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Carsten Penzlin

Druckerei Weidner GmbH
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan: KNr: 1015583 BLZ: 13061128 Raiffeisenbank	Rostock: KNr: 430002084 BLZ: 13050000 OSPA-Rostock
-----------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Das Wahljahr kann beginnen

Fortsetzung von Seite 1

Die Rostocker LINKE hört zu, ist ehrlich und vertritt die Interessen der Rostocker Bevölkerung aus linker Perspektive, führte Eva-Maria Kröger aus. Dafür arbeitet unsere Fraktion wenn nötig mit allen anderen Fraktionen zusammen. „Wir sind die Guten“, und das sollte auch so bleiben – so lautet das Credo unserer Fraktionsvorsitzenden. Auf einem Kreisparteitag werden wir am 1. März unser Kommunalwahlprogramm verabschieden. Im Wahlkampf wird das Thema Stadtentwicklung eine herausragende Bedeutung haben – das zeigten auch die Schwerpunkte in den Vorstellungsgesprächen der Kandidaten. Alle Stadtteile müssen für ihre Bewohner attraktiv sein, Genossenschaften müssen auf dem Wohnungsmarkt ihre starke Position bewahren, Investoren müssen sich an den Interessen der Bevölkerung orientieren. Nun gilt es, so die Forderung des Kandidaten Sandro Smolka, im anstehenden Wahlkampf auch neue Mitglieder für DIE LINKE zu gewinnen, so wie uns dies bereits im Bundestagswahlkampf gelungen war.

Text: Carsten Penzlin, Fotos: Klaus Ledebuhr



Unsere 19 Kandidatinnen und Kandidaten (geordnet nach Stimmzahl)

Wahlbereich 1 (Wmde., Hohe Düne, M'heide, Groß Klein, Lichtenhagen, usw.): Eva-Maria Kröger, Steffen Bockhahn, Ellen Fiedelmeier, Wolfgang Nitzsche, Margit Glasow, Helge Bothur, Kristin Schröder, Andreas Engelmann, Nailia Ritter, Kay Nadolny, Jutta Reinders, Karsten Steffen, Lisa Kranig, Olaf Groth

Wahlbereich 2 (Lütten Klein, Evershagen, Schmarl): Eva-Maria Kröger, Steffen Bockhahn, Ellen Fiedelmeier, Kay Nadolny, Margit Glasow, Karsten Steffen, Kristin Schröder, Helge Bothur, Nailia Ritter, Wolfgang Nitzsche, Jutta Reinders, Sandro Smolka, Lisa Kranig, Sebastian Rohde

Wahlbereich 3 (Reutershagen, Gartenstadt/Stadtweide, Südstadt, Biestow): Eva-Maria Kröger, Steffen Bockhahn, Margit Glasow, Kay Nadolny, Kristin Schröder, Wolfgang Nitzsche, Ellen Fie-

delmeier, Helge Bothur, Jutta Reinders, Sandro Smolka, Lisa Kranig, Andreas Engelmann, Irina Beyer, Sebastian Rohde

Wahlbereich 4 (Hansaviertel, Kröpeliner-Tor-Vorstadt, Stadtmitte): Eva-Maria Kröger, Steffen Bockhahn, Ellen Fiedelmeier, Ralf Malachowski, Kristin Schröder, Olaf Groth, Jutta Reinders, Wolfgang Nitzsche, Margit Glasow, Marcel Eggert, Nailia Ritter, Sandro Smolka, Lisa Kranig, Helge Bothur

Wahlbereich 5 (Brinckmansdorf, Dierkow-Ost, Dierkow-West, Dierkow-Neu, Toitenwinkel, Gehlsdorf, usw.): Eva-Maria Kröger, Steffen Bockhahn, Kristin Schröder, Ralf Malachowski, Jutta Reinders, Olaf Groth, Ellen Fiedelmeier, Karsten Steffen, Margit Glasow, Wolfgang Nitzsche, Nailia Ritter, Marcel Eggert, Lisa Kranig, Andreas Engelmann

Alle Angaben ohne Gewähr!



Die Ukraine im geostrategischen Sandkasten

Medien und Politik ringen zurzeit um die Deutungshoheit hinsichtlich der Entwicklungen in und um die Ukraine. Dabei stellen sie die seit Wochen in Kiew Protestierenden assoziativ bevorzugt in eine Reihe mit den Aufbegehrenden im arabischen Raum um zu suggerieren, es würde um eine historische Wahl zwischen dem demokratischen „Westen“ und dem autokratischen „Osten“ gehen. Stimmen die Interpretationsmuster aber wirklich oder worum geht es gerade in der Ukraine?

Zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit ist die Ukraine noch immer auf der Suche nach sozialer und wirtschaftlicher Stabilität und damit auch ihrer Position im europäischen und weltpolitischen Koordinatensystem. Die in den Neunziger Jahren im Land durchgeführten marktradikalen Wirtschaftsreformen hatten zwar eine umfassende Privatisierung der Wirtschaft, nicht aber deren Modernisierung zum Ergebnis. Noch heute ist Subsistenzwirtschaft weit verbreitet, steht die Wirtschaft auf schwachen Füßen, sind ihre Produkte auf den globalen Märkten kaum konkurrenzfähig. Die traditionell tiefen wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland sichern der Ukraine in diesem Kontext wirtschaftlich stabile Rahmenbedingungen. Sie bieten wegen des eigenen Modernisierungstaus aber keine hinreichende Basis für den benötigten Modernisierungsschub der Ukraine und für eigenes nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Frühzeitig suchten die politisch Herrschenden der postsowjetischen Ukraine den Ausweg im Schulterchluss mit der EU und machten die „Westorientierung“ zur unumstößlichen Komponente der eigenen Außen- und Sicherheitsdoktrin, eine Orientierung, an die sich alle ukrainischen Präsidenten und Regierungschefs unabhängig der innenpolitischen Machtkämpfe untereinander nicht nur stoisch gehalten sondern sie auch praktisch umgesetzt haben. So ist die Ukraine heute z.B. in die EU-Battle Groups integriert und nimmt ebenso aktiv an militärischen Aktivitäten der NATO teil.

Die EU nutzt diese Entwicklungen als geostrategische Option: entgegen den Beteuerungen von Erweiterungskommissar Füle, der sich gegen Bestrebungen der Wiederauflage einer Politik des Cordon Sanitaire zur Russischen Föderation ausspricht, halten viele politisch Verantwortliche in der EU und v.a. in ihren Mitgliedstaaten daran fest, die an den Westen grenzenden ehemaligen Sowjetrepubliken aus der GUS herauszuberechnen und den Einfluss

Russlands möglichst auf sein Staatsterritorium zu begrenzen. Die politische Umsetzung dieser Option erhielt 2008 mit der Politik der Östlichen Partnerschaft einen formalen Rahmen. Das mit dieser Politik angestrebte Heranführen der Ukraine, und ebenso von Weißrussland, Moldawien, Armenien, Georgien und Aserbaidschan an die EU soll ausdrücklich nicht eine Mitgliedsperspektive in der EU eröffnen. Vielmehr geht es um Durchsetzung feststehender und nicht verhandelbarer ökonomischer und juristischer Normensysteme der EU in diesen Ländern und die Öffnung der entsprechenden Märkte für westeuropäische Unternehmen. Die von der EU hierfür entwickelten und aneinander gekoppelten Instrumente sind Assoziierungsabkommen und sogenannten vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen. Diese beiden Abkommen mit der Ukraine zu unterzeichnen standen für Rat und Kommission ganz oben auf der Tagesordnung des im November letzten Jahres in Vilnius tagenden Gipfels der östlichen Partnerschaft.

Drei diesem Ansinnen entgegenlaufende Prozesse ließen den Wunsch jedoch wie eine Seifenblase platzen.



Foto: Helmut Scholz, Mitglied des Europaparlaments, im Kreise seiner Mitarbeiter. Helmut Scholz unterhält ein Wahlkreisbüro in Rostock-Reuthersagen

Die EU selbst macht eine tiefgreifende wirtschaftliche, politische aber auch institutionelle Krise durch, die weltweit mit einer deutlich abnehmenden Attraktivität und einer begrenzten eigenen Handlungsfähigkeit einhergehen. Dieses wurde besonders sichtbar als die Ukraine angesichts eines nach 2008 drohenden zweiten Staatsbankrotts auf die bei der EU angefragte Finanzunterstützung nur ein Abwinken erhielt. Das musste Präsident Yanukewich angesichts der 2015 anstehenden Wahlen und seines kompromisslosen Kurses auf politische Machterhaltung vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Kollapses in Richtung Moskau treiben. Ungeachtet dieser Situation trieben Rat und Kommission mit Forderungen wie u.a. die nach der Freilassung der verurteilten ehemaligen Ministerpräsidentin oder der Absetzung des Generalstaatsanwalts den politischen Preis für die Ukraine permanent nach oben und stellten damit für die herrschenden Machteliten in der Ukraine die Machtfrage. Angesichts der 2015 anstehenden Wahlen und des zunehmenden Drucks aus Russland war man in Kiew aber nicht bereit diesen Preis zu zahlen. Russlands Agieren auch als Ausdruck eines sich verschärfenden geopolitischen Konflikts zwischen der EU und Russland hat sich jüngst in dem Maße verschärft, wie sich das in Moskau gegenseitig ablösende Präsidentenduo Putin/Medwedew darauf verständigte, das Land aus der Verwahrlosung der Jeltsin-Ära herauszuführen und hierfür mit der Eurasischen Union ein eigenes, mit der EU konkurrierendes Integrationsprojekt aufzusetzen und man damit den strategischen Interessen der EU nach

freiem Zugang zu den russischen Märkten und Ressourcen in die Quere geriet. Seit der von Präsident Yanukowych verweigerten Unterschrift unter die Abkommen setzt die EU mehr oder weniger offen auf den Sturz des ‚unzuverlässigen‘ und damit ‚störenden‘ Partners. An seine Stelle soll ein von der EU finanziell und politisch beeinflusstes Parteienkartell treten, das aus den drei, über den weiteren Kurs des

Landes selbst zerstrittenen pro-EU-Parteien der ehemaligen Ministerpräsidenten Tymoschenko und des Box-Weltmeisters Klitschko sowie der mit der NPD und der französischen Front National eng kooperierenden rechtsextremen Partei Swoboda besteht. Dieses nur einen kleinen Teil der bemerkenswert breiten politisch pluralistischen Gesellschaft der Ukraine repräsentierende Kartell wird uns von den Medien gerade als der sogenannte Maidan-Protest verkauft. Quo vadis, ukrainische Bürgerinnen und Bürger?

Helmut Scholz/Dr. Norbert Hagemann

Ehrendoktor Edward Snowden? Die Sicht des SDS

Das Auditorium Maximum der Universität platzte fast aus allen Nähten - so groß war am 20.01. der Andrang zu einer Podiumsdiskussion, zu der die Philosophische Fakultät der Universität Rostock geladen hatte und die auch die Rostocker SDS-Hochschulgruppe besuchte. Das Interesse war riesig, drängten sich doch zwischen 600 und 1000 Menschen im größten Vorlesungssaal der Universität und vor der Videoleinwand im Foyer, um live die Diskussion über die Einleitung eines Ehrenpromotionsverfahrens für Edward Snowden zu verfolgen. Dieser deckte 2013 die allumfassenden Techniken der globalen Überwachung durch amerikanische, britische und andere Geheimdienste, wie die NSA oder GCHQ, auf und befindet sich seitdem in russischem Exil.

Zur Podiumsdiskussion waren namhafte Gäste erschienen. Hans-Christian Ströbele, welcher mit Snowden im Moskauer Exil sprach und ein Plädoyer für einen Untersuchungsausschuss und Befragung von Snowden in Deutschland zu den Überwachungsprogrammen unterstützt, der Spiegel-Journalist Marcel Rosenbach, welcher Snowdens Enthüllungen zusammen mit anderen Journalisten der Washington Post und des Guardian aufbereitet und gesichtet hatte und der ehemalige Bundesverfassungsrichter Wolfgang Hoffmann-Riem, welcher die Enthüllungen aus einer rechtlichen Perspektive beleuchtet und als ein Gutachter die wissenschaftliche Bedeutung der Enthüllungen im Ehrenpromotionsverfahren einschätzte. Unterstützt wurden sie dabei von den Initiator_Innen der Philosophischen Fakultät Prof. von Wensierski, Prof. Mackenthun, Prof. Prommer und Professor Hastedt, welche philosophische, medien- und kulturwissenschaftliche Aspekte beleuchteten. Nahezu alle Anwesenden sprachen sich für die große Leistung von Edward Snowden aus, die nicht nur im politischen, sondern auch im wissenschaftlichen Kontext große Bedeutung besitzt.

Marcel Eggert, verantwortlich für Netzpolitik im Landesvorstand der Linken MV, als stellvertretender Hochschulgruppensprecher des Rostocker SDS dazu: „Wir begrüßen ausdrücklich die Absicht der Philosophischen Fakultät ein Ehrenpromotionsverfahren für Edward Snowden zu eröffnen. Es ist ein richtiges Zeichen einen Menschen, der sein eigentlich bequemes Leben und seine ganze Existenz aufs Spiel

setzt, um für Transparenz über undemokratische Aktivitäten von Geheimdiensten zu sorgen, durch ein solches Verfahren zu ehren. Gewissen, Anstand und Verantwortungsbewusstsein gegenüber allen Menschen vor geltendes, als legitim angesehenes Recht der Geheimdienste zu stellen und durch eine Form des zivilen Ungehorsams dagegen vorzugehen, zeichnen ihn aus. Jede Bürgerin und jeden Bürger bereits durch die Erhebung von Bewegungs- und Metadaten unter Generalverdacht zu stellen und bei bestimmten Ergebnissen noch genauer zu durchleuchten, ist den Grundprinzipien einer Demokratie unwürdig.

Ein Ehrendoktor kann zudem, wie auch Prof. Hastedt betont, nicht nur für rein wissenschaftliche Verdienste, sondern auch dem Bildungsideal der Aufklärung folgende Handlungen verliehen werden. Diese aufklärerischen Enthüllungen Snowdens und ihre Impulswirkung für neue, wissenschaftliche Überlegungen in allen Bereichen der Geistes-, Rechts- und Gesellschaftswissenschaften rechtfertigen ein Ehrenpromotionsverfahren allemal.“

Kritisch betrachtet der SDS Rostock hingegen die Äußerungen zu möglichen Folgen und Reaktionen auf die flächendeckende Überwachung durch Geheimdienste. Ströbeles Ansicht ist beizupflichten, dass Verhandlungen nicht zwischen Geheimdiensten verschiedener Nationen, sondern auf höchster, und vor allem politischer Ebene zu führen sind. Angela Merkel tut sich weder dabei hervor, noch bei entsprechenden Reaktionen auf die Überwachung durch einen doch als verbündet angesehenen Staat. Das Freihandelsabkommen mit den USA muss deshalb richtigerweise auf den Prüfstand gestellt werden. Zu widersprechen ist Ströbele jedoch in Teilen, dass vor allem jeder einzelne Verantwortung dafür zu tragen habe für eine möglichst gute Verschlüsselung seiner Daten zu sorgen. Vielmehr ist es doch eine Frage der staatlich zu garantierenden Grundrechte auf Schutz der Privatsphäre. Der einzelne Bürger kann sich ohne größeres technisches Verständnis kaum gegen die ausgefeilten Methoden der Geheimdienste absichern, zumal namhafte Größen und Datensammler wie Google, Facebook oder Apple von der NSA zu einer Herausgabe ihrer zu kommerziellen Zwecken erhobenen Daten, die jeder einzelne

von uns produziert, gezwungen werden oder die NSA von vornherein Manipulationen an Geräten vornimmt, um ohne unser Wissen Daten zu sammeln, auch wenn wir überhaupt nicht im Internet sind. Nur durch staatliche und rechtliche Regelungen und Garantien können die Bürger- und Freiheitsrechte gesichert werden. Diese Ansicht teilt der SDS mit Prof. Prommer. In diesem Zusammenhang ist zudem den Aussagen des ehemaligen Verfassungsrichters Hoffmann-Riem beizupflichten. Der rechtliche Schutz der Privatsphäre der Bürger endet nach momentanen Gesetzen an den Grenzen des entsprechenden Nationalstaates. Insbesondere die EU spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Sie müsse stärker auch als Gewährleistungsunion von Rechten verstanden werden, die über nationale Grenzen hinweg in Europa bestehen müssten. Neben der Neukonstruktionen und Absicherung von individuellen Grund- und Menschenrechten muss zusätzlich auch über die Absicherung der Systeme nachgedacht werden. Dabei darf es aber nicht, wie Hoffmann-Riem es hingegen anregt, zu einer Zersplitterung des Internets in kleinere Organisationseinheiten, wie ein europäisches „Schengen-Netz“ kommen. Ganz getreu der Grundausrichtung des Internets Menschen weltweit zu vernetzen und kommunizieren zu lassen, muss auch das Internet global gedacht und seine Absicherung in globalen Kontexten und Verhandlungen mit allen Beteiligten gedacht werden.

Wir unterstützen zudem die Aussage Prof. Mackenthuns, die betonte, dass nicht nur Snowden Dank und Ehre gebühre. Auch kritischen Journalist_Innen, die die Enthüllungen sichten und aufbereiten, oder Richter_Innen, die offen Stellung gegen die Rechtsbrüche und -auslegungen der NSA beziehen, seien wichtige Stimmen der weltweiten Kritik. Wird ihnen und Whistleblowern wie Edward Snowden auch oftmals unterstellt Verräter zu sein, gebührt ihnen jedoch eher großer Respekt und Dank für ihre Verdienste für eine freiheitliche und offene Gesellschaft.

Marcel Eggert



Zum VIII. Altenparlament als Teil der Partizipation der Älteren und Alten im gesellschaftlichen Leben Mecklenburg-Vorpommerns

Wenn Ihr dies lest, dann sind schon wieder ca. zwei Monate vergangen, seitdem das VIII. Altenparlament am 20. November 2013 stattgefunden hat. Am 27. September 2012 hatte die Landtagspräsidentin Sylvia Brettschneider 11 ältere Bürger aus verschiedenen Organisationen - Seniorenbeiräte, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Vereine und Verbände - in die Pflicht zur Vorbereitung des VIII. Altenparlaments (AP) 2013 genommen. Dazu gehörte auch ich, der von der LAG Senioren dafür vorgeschlagen und gleichzeitig Delegierter - zusammen mit K.-L. Spengler - der Linkspartei wurde. Heinz Käkenmeister war als Vorsitzender des Seniorenbeirates Rostock ebenfalls Delegierter.

In sieben Sitzungen des vorbereitenden Organisationskomitees wurde vor allem die Erarbeitung von drei Leiteträgen (LA) in den Mittelpunkt gestellt, die - zunächst als Arbeitsthema aufgenommen - dann in den Beschlussvorschlägen zum 8. AP ihren Niederschlag fanden. Etwa ab vierter Org.-Komitee-Beratung kam noch eine Resolution ins Gespräch. Natürlich wurden auch alle organisatorischen Fragen zur Durchführung des AP besprochen.

Die Altenparlamente in M-V finden seit 1999 alle zwei Jahre statt, um den Seniorinnen und Senioren angesichts des demografischen Wandels eine Stimme für ihre Hoffnungen, Wünsche und auch notwendigen Forderungen zu geben. Durch Mitwirkung wird ihnen ermöglicht, dass sie in die von der Politik getroffenen Maßnahmen einbezogen werden und mit ihnen und nicht nur über sie geredet wird. Das trägt zu einem Leben in Würde der Älteren und Alten bei.

Die Landtagspräsidentin eröffnete den Parlamentstag und hob hervor, dass Prinzipien wie Autonomie, Partizipation, gesundheitliche Versorgung, soziale Sicherung und die Möglichkeit der Selbstverwirklichung bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für eine demokratische Gesellschaft für alle Menschen und auch die Senioren gelten müssen. Als nächster sprach Ministerpräsident Erwin Sellering und sagte u. a., dass es wichtig sei, dass M-V ein Land der Generationen ist und attraktiv sein muss für alle, für Jung und Alt, die gerne hier leben sollen. Wir wollen, dass wir ein Land sind, in dem

die Menschen sich gerne eine Zukunft aufbauen, auch eine Zukunft mit Kindern.“ Andreas Beck vom Landesjugendring - welcher sich aus derzeit 28 landesweit tätigen Jugendverbänden, Anschlussverbänden und Jugendringen zusammensetzt - war ebenfalls gekommen. Er engagiert sich für junge Menschen, um „ihnen selbstbestimmtes Engagement in eigener Sache und in Sachen Zivilgesellschaft in M-V zu ermöglichen“. Gleichzeitig wünscht er sich ein Zusammengehen mit den Seniorinnen und Senioren, weil sie mit den Jugendlichen viel Gemeinsames in ihrem Engagement und besonders auch im ländlichen Raum in M-V ähnliche Probleme haben. Als plausibles Beispiel nennt er die Mobilität auf dem Lande. Becks Wunsch zur Zusammenarbeit hat mir gefallen, denn ich meine, dass Jugend und Ältere/Alte sich einander bedingen und nicht gegeneinander wirken sollten.

Die Präsidentin des 8. Altenparlaments, Frau Paetow, wies auf die feste Größe des Altenparlaments in der politischen Partizipation der Älteren in unserem Bundesland hin und stellte fest, dass Mecklenburg-

Vorpommern bundesweit eingeladen wird, um von den gesammelten Erfahrungen der Senioren dieses Landes profitieren zu können. Im Weiteren ging sie auf die erreichten und auch nicht erreichten Ergebnisse ein. Sie verwies auf Gelungenes wie das Mitwirkungsgesetz der Senioren, die Haftpflichtversicherung für Bürgerschaftliches Engagement und die Schaffung der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ und auch die Möglichkeit, dass der Landesseniorenbeirat in Vorbereitung der AP auf Landesebene Rückfragen bei den Fraktionen zur Umsetzung der Beschlüsse des letzten AP stellen darf und diese auch antworten. Schwierig ist dies aber auf der Bundesebene zu tun. Die heftigsten Kritikpunkte sind dort zu finden. „Exemplarisch steht dafür die immer noch nicht vollzogene Angleichung des Rentenpunktwertes Ost an West.“ Dreiundzwanzig Jahre nach der Schaffung der Einheit seien es nicht „Neid oder überzogene Forderungen“ mehr, sondern ein „Gebot der Gerechtigkeit“. Frau Paetow macht dies am Beispiel des sogenannten „Eckrentners“ mit 45 Endgelpunkten

deutlich, der im Osten ca. 100 € weniger als sein „Bruder“ im Westen bekommt. Auf Erinnerungsschreiben an die Bundeskanzlerin zu deren Aussage während des Seniorentages 2009 in Leipzig, dieses Problem bis 2011 zu lösen, kamen nur ausweichende bzw. gar keine Antworten. Kritisch benannte sie u.a. auch den Wegfall des Landespflegewohngeldes im Jahre 2012, weil sich die Bedin-

gungen der davon Betroffenen keineswegs verbessert haben. Auf die Beschlussdokumente eingehend, hob sie auch den Resolutionsvorschlag hervor.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Foto: Brigitte Paetow (Präsidentin des Altenparlamentes)

Nachdem die Geschäftsordnung des Altenparlaments bestätigt wurde, begann die Beratung in den Arbeitskreisen (AK) 1-3 zu den drei Leitanträgen

- Verbesserung der geriatrischen Versorgung in M-V (1. Arbeitskreis/1. AK)
- Zielgerichtete Bewegungsangebote zur Sicherung von Mobilität und Selbstbestimmung sowie Vermeidung von Morbidität im Alter (2. AK)
- Lebensqualität und Mobilität der Senioren im ländlichen Raum sichern (3. AK),

um weitere Vorschläge und Änderungen vor Beschlussfassung vorzunehmen (Die Leitanträge waren in der Vorbereitungsphase den Delegierten durch das Organisationskomitee schon zweimal zur Begutachtung vorgelegt worden). Es gab zu allen drei LA geringfügige Änderungen und eine Änderung besonders zur Geschlechtergleichheit, die nicht genügend berücksichtigt war.

Nach der Mittagspause nahmen die demokratischen Fraktionen des Landtages die Gelegenheit wahr, ihre seniorenpolitischen Schwerpunkte darzulegen. Als Vertreterin der Linkspartei nahm Karen Stramm nach der SPD und der CDU das Wort und hob hervor, dass unsere Partei die Beschlüsse des AP, obwohl diese nur empfehlenden Charakter haben, in der Vergangenheit sehr ernst nahmen und die Empfehlungen und Anregungen aus dem Erfahrungsschatz der älteren Generation immer wieder in ihrer Arbeit aufgegriffen hat und das auch künftig tun wird. Nach Genossin Stramm sprach dann noch die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.



Foto: Abstimmung

Die Delegierten diskutierten gemeinsam zu den dargelegten Problemen und hoben hervor, dass die Beiträge und Diskussionen anregend waren und sie es gut fanden, dass alle Vertreter der Fraktionen bis zum Ende des AP anwesend waren.

Nachdem das VIII Altenparlament seine Arbeit zu den Dokumenten erfolgreich beendet hatte, bedankte sich Frau Paetow als Präsidentin des VIII. Altenparlaments bei den Delegierten, Gästen und Helfern für den Tag angestrebter Arbeit - auch mit einem plattdeutschem Zweizeiler, so wie sie mit einem plattdeutschen, selbst verfassten Vers begonnen hatte.

Verabschiedet wurden die Delegierten von der am Nachmittag teilnehmenden Vizepräsidentin des Landtages, Regine Lück, welche sich ebenfalls bei den Delegierten bedankte und die Bedeutung der Mitwirkung der Älteren und Alten bei der Gestaltung des Lebens in M-V hervorhob.

Text: Wolfgang Schmidt (Nachsatz: Für die Begleitung meiner Zeit im Org.-Komitee des VIII. AP bedanke ich mich herzlich bei Karen Stramm und Yvonne Erdmann.)

Fotos: I. Schmidt



Foto: Karen Stramm, linke Landtagsabgeordnete, stellt sich der Diskussion

Danach begann im Plenum die Vorstellung und Beratung der von den 3 AK vorgelegten LA. Diese wurden mit den eingearbeiteten Änderungen der Delegierten des VIII Altenparlaments beschlossen. Nach Verlesung der Resolution zu dem Thema „Mieten und Energiekosten für alle Generationen bezahlbar gestalten - Wohnungsverluste verhindern. Eine soziale und altersgerechte Wohnungsbaupolitik aktiv fördern“ und dem Einarbeiten der Änderungen erfolgte ebenfalls deren Beschlussfassung.



Foto: Regine Lück, Vizepräsidentin des Landtages

Weihnachtsfeier und Neujahrsgrüße des Stadtteilverbandes Evershagen

Am 16. Dezember des vergangenen Jahres kamen die Mitglieder des Stadtteilverbandes Evershagen zu einer gemütlichen Weihnachtsfeier zusammen. Dabei begingen wir den Jahresausklang nicht

nur mit Kaffee, Gebäck und Glühwein. Die Genossin Rosemarie Schichhold hielt einen spannenden Vortrag über ihre Reise zu den Galapagos Inseln. Besonders ihre Fotos der dortigen artenreichen Flora und Fauna stießen auf großes Interesse. Zusätzlich konnten wir unserem Sympathisanten Erich Hillert zum 90. Geburts-

tag gratulieren. Der Stadtteilverband Evershagen wünscht an dieser Stelle allen ein gutes neues Jahr und uns allen viel Kraft und gutes Gelingen für die vor uns liegenden Aufgaben und Wahlen im Jahr 2014!



Rolle rückwärts oder der Zukunft zugewandt?

Oskar Lafontaine schreibt im Feuilleton der FAZ, es sei „an der der Zeit, die Stromerzeugung durch „Stahlkolosse“ (...) zu beenden.“ In der Saarbrücker Zeitung plädiert er zuvor „für den Stopp des Ausbaus der Windkraft“. Diese Position steht nicht nur konträr gegen jegliche Beschlusslage in der Linkspartei. Sie ist auch energiepolitisch wenig sinnvoll, wenn das langfristige Ziel eine Stromversorgung aus hundert Prozent erneuerbaren Energien lautet – wie auch seit langem programmatisch von der LINKEN gefordert.

Im Gegenteil: Die Windkraft wird neben der Photovoltaik (PV) das Rückgrat einer solchen Vollversorgung bilden müssen. Nach allen Energiewende-Szenarien verschiedenster Institute wird Windkraft im Erneuerbaren-Mix die bedeutendste Rolle spielen. Strom aus Erdwärme wird in Deutschland absehbar extrem teuer und darum marginal sein, Wasserkraft und Biomasse sind aus unterschiedlichen Gründen kaum noch ausbaubar. Es wird also auf ein Wettrennen zwischen der preiswerten aber landschaftsdominanten Windkraft und der weitgehend konfliktfreien (Nacht und dunkle Winterabende) und bislang noch etwas teureren PV hinauslaufen. Dabei gilt aber nicht ein „entweder oder“ sondern ein „sowohl als auch“.

Dass die Windkraft nur 1,3 Prozent der Primärenergie ausmacht, wie Oskar argumentiert, stimmt zwar, vergleicht aber Äpfel mit Birnen. Denn Strom aus Windrädern dient ja nicht dem Füllen von Autotanks oder der Beheizung von Wohnungen (auch wenn sie langfristig auch dazu beitragen wird). All dies, der Kraftstoff- und Wärmebedarf, ist aber Teil der Primärenergie, genauso wie die hohen Umwandlungsverluste. Der Anteil der Windkraft am Stromverbrauch als relevanterer Maßstab beträgt derzeit 8,4 Prozent. Windenergie steuert damit den weitaus größten Beitrag zum Anteil der Erneuerbaren am Stromverbrauch von 23,5 Prozent im Jahr 2012 bei.

Man kann über den richtigen Vergleichsmaßstab sicher trefflich streiten, aber ein bislang niedriger Anteil der Windkraft sollte eher ein Ansporn für den weiteren Ausbau sein als ein Argument für dessen Beendigung. Denn über der ästhetischen Debatte darüber, inwieweit Windkraftanlagen das Landschaftsbild beeinflussen, muss für Linke zuallererst die Frage stehen, inwieweit das bisherige fossil-atomare Energiesystem die Lebensgrundlagen von Mensch und Natur zerstört. Und zwar nicht nur

hierzulande, sondern vor allem in jenen Ländern, die wegen unserer Lebens- und Produktionsweise mit verdorrten Böden, überschwemmten Küsten und zunehmend katastrophalen Wetterextremen leben müssen. Die Überlebenden des jüngsten Taifuns in Indonesien haben sicher andere Sorgen als eine verstellte Aussicht.

Es geht deshalb nicht weniger als darum, global den Ausstoß von Treibhausgasen drastisch zum mindern, und dies schnellsten. Dabei haben die Industriestaaten als Hauptverursacher der Erderwärmung die größte Verantwortung. Vor diesem Hintergrund ist Deutschland eines der wenigen Industrieländer, die technisch-ökonomisch in der Lage sind, einen solchen Wandel hin zu einem vollständig regenerativen Energiesystem zu vollziehen – in einer dem Problem angemessenen Zeit und sozial verträglich. Etliche Schwellenländer blicken darum mit Spannung auf die deutsche Energiewende. Auch weil der Kampf um schwindende fossile Brennstoffe weltweit immer mehr Konflikte schafft oder befördert. Selten war eine Vorreiterrolle der Bundesrepublik wichtiger als diese. Darum ist Oskars energiepolitische Blutgrätsche gleichermaßen ein Foul gegen die globale Gerechtigkeit wie gegen die eigene Partei. In seinem FAZ-Artikel übernimmt Oskar Lafontaine etliche Argumente, die auch aus der Schublade von FDP oder Kohlewirtschaft stammen könnten. So etwa, dass der Ökostromausbau zu einem erhöhten Kohlendioxidausstoß führe, weil er in erster Linie Gaskraftwerke verdränge, statt emissionsstärkerer Kohlemeiler. Doch daran sind nicht Windkraft- oder Solaranlagen „schuld“, sondern fehlende Instrumente zur Begrenzung der Kohleverstromung. Der EU-Emissionshandel versagt hier völlig. Die Kohlemeiler werden trotz rasantem Zubau von Ökostromanlagen nicht schrittweise abgewrackt, sondern rauben hochmodernen Gaskraftwerken die Geschäftsgrundlage. Überdies fluten sie Europa mit dreckigem Strom, den es in diesem Umfang längst nicht mehr geben müsste. Um die Mittagszeit, wenn die Solarkraft kräftig einspeist, sind sie zudem unfähig, schnell genug ihre Erzeugung zu drosseln. Die hochflexible und saubere Gaskraft, und selbst manche Windmühlen müssen dann notgedrungen vom Netz. Auch deswegen fordert DIE LINKE, die Braun- und Steinkohlekraftwerke in einem Kohleausstiegsgesetz geordnet und schrittweise über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten vom Netz zu nehmen.

Oskar wendet weiter gegen die Windkraft ein, aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes erhöhe jeder Zubau den Strompreis für die Verbraucher. Ja, der Zubau erneuerbarer Energien erhöht die EEG-Umlage und damit mittelbar den Strompreis. Der aktuelle Anstieg der EEG-Umlage geht jedoch nur zu etwa 15 Prozent auf den Zubau von Erneuerbaren-Anlagen zurück. Über die Hälfte der Umlagen-Erhöhung wird durch die sinkenden Börsenpreise verursacht, was mit der Berechnung der EEG-Umlage zusammenhängt. Der Großhandelspreis für Strom sinkt, weil teurere Erzeugungsanlagen durch die grüne Energie verdrängt werden. In der Summe steigt die Summe aus EEG-Umlage und Großhandelspreis nur noch wenig – sofern die Versorger die gesunkenen Großhandelspreise an die Endkunden weiter geben. Um dies zu sicherzustellen, fordern wir eine staatliche Strompreisaufsicht. Der zweite große Preistreiber sind mit einem Viertel die Industrieprivilegien im EEG, gegen die DIE LINKE seit Jahren kämpft und gegen die EU-Kommission am Mittwoch ein Beihilfeverfahren eröffnet hat.

Unter dem Strich gibt es also einen Strompreisanstieg aufgrund der Energiewende, er könnte aber geringer sein und wird künftig überschaubar bleiben. Nicht überschaubar wären jedoch die Kosten eines Festhalten an der fossilen Energiewirtschaft, welches nach dem auch von Oskar Lafontaine unterstützen Atomausstieg die logisch verbleibende Alternative wäre. Und dies nicht nur wegen der gigantischen Folgekosten eines ungebremsten Klimawandels. Fossile Rohstoffe werden knapper und steigen langfristig im Preis. Will man sie CO₂-frei machen, explodieren Kosten und Risiken. Denn die Abscheidung von CO₂ aus Kraftwerken ist extrem teuer. Und die Verpressung dieses Kohlendioxids unter die Erde birgt ein neues unüberschaubares Endlagerproblem.

Oskar wendet schließlich ein, an windreichen Standorten in Norddeutschland würden die jährlichen Einnahmen der Grundbesitzer auf 90.000 Euro steigen. Mit einem Windkraftprojekt im Saarland führt er ein angeblich „extremes Beispiel für das sinnliche Barbarentum der Geldmacherei, die sich als Energieökologie maskiert“ an. Ohne Zweifel, auch wir wollen die Einspeisevergütung für Windräder möglichst kostenorientiert gestalten. Dies bedeutet an windreichen Standorten durchaus niedrigere als die gegenwärtig gezahlten Vergütungen. Der unbedingt notwendige ...

Fortsetzung von S. 8

... Ausbau der Windkraft in Süddeutschland, an windärmeren Standorten, kann hingegen sogar eine etwas erhöhte Vergütung verlangen. Genau deswegen wird das EEG ja in regelmäßigen Abständen novelliert, um die Vergütungssätze anzupassen. Aus einer teilweisen Überförderung die Schlussfolgerung eines generellen Stopps der Windenergie zu ziehen, ist absurd. Und wieso redet Oskar eigentlich nicht von den Gewinnen der konventionellen Energiewirtschaft? Am Ende wird man den Verdacht nicht los, es geht Oskar Lafontaine eigentlich nicht um Energiepolitik. Es geht ihm ums Landschaftsbild, welches zugegeben durch Windkraftanlagen nicht eben gewinnt. Er bemüht hier Botho Strauß, der „treffend beschrieben“ habe: „Eine brutalere Zerstörung der Landschaft, als sie mit Windkraftträgern zu spicken und zu verriegeln, hat zuvor keine Phase der Industrialisierung verursacht.“ Dies muss in den Ohren derer, deren Dörfer im Rheinischen und Lausitzer Braunkohlerevier für neue Tagebaue abgebaggert werden, wie purer Hohn klingen. Nicht nur Jahrhundert alte Orte verschwinden hier, sondern auch Kulturlandschaften, funktionierende Wasserläufe und Lebensräume für Pflanzen und Tiere.

Klar ist, die Energieerzeugung wird in der Fläche künftig sichtbarer sein als früher. Irgendwann werden viele Windkraftanlagen auch wieder verschwinden, wenn Energiespeicher den Tagesstrom der Photovoltaik wirtschaftlich zwischenspeichern können. Bis dahin werden wir mit der Windkraft leben müssen. Dafür muss ihre Planung aber deutlich intelligenter und demokratischer werden als bisher. So ist die von Oskar angemahnte Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Windkraft auf Landesebene – wie es sie ja in einigen Bundesländern gibt – in der Tat sinnvoll. Auch wir wollen nicht jedes Fleckchen mit Windrädern zukleistern. So müssen allein aus Gründen des Naturschutzes bestimmte Flächen von der Windkraftnutzung ausgenommen werden. Gleiches kann auch für die Sichtachsen zu bestimmten Kulturdenkmälern gelten. Bei der Landesplanung sind wir zudem für eine frühzeitige und wirkliche Öffentlichkeitsbeteiligung. Bürgerinnen und Bürgern sollen nicht nur angehört werden, sondern wirklichen Einfluss auf die Entscheidungen ausüben können.

Der weitere Ausbau der Windkraft braucht eine Qualitätsplanung an Stelle der Investoren-Anarchie, die bislang oft herrschte. Ansonsten wird er auf unüberwindbare Widerstände stoßen. Wir laden Oskar Lafon-

taine ein, sich mit uns für einen zukunfts-fähigen Windkraftausbau zu engagieren. Im Sinne der Natur, der Kulturlandschaft und des Klimaschutzes.

Eva Bulling-Schröter, MdB (DIE LINKE)
Günther Frey, Mannheim (DIE LINKE)
Dr. Ralf Henrichs, BAG Umwelt und Energie, (DIE LINKE)
Tilo Kummer, MdL Thüringen (DIE LINKE)
Caren Lay, MdB, stellv. Parteivorsitzende, (DIE LINKE)
Ralph Lenkert, MdB (DIE LINKE)
Wolfgang Methling, Mitglied des Parteivorstandes, BAG Umwelt und Energie, (DIE LINKE)
Mignon Schwenke, MdL Mecklenburg-Vorpommern (DIE LINKE)
Dr. Kirsten Tackmann, MdB (DIE LINKE)
Knud Vöcking, Mitglied des Kreistages Warendorf (DIE LINKE)

2. Charity-Gala von Dorothee Barndt

Am 8.3. findet die zweite Charity-Gala unserer Genossin Dorothee Barndt im Festsaal des Rathauses statt. Das Programm beginnt um 19:30 Uhr: Ein tolles Programm mit dem Duo L.A. Swing und Jazz, dem Swingcafé Rostock und der Swingtanzgruppe von Steffen Seyfert mit Unterhaltung und Tanz. So können die Gäste am Frauentag in den Frühling swingen.

Der Eintritt kostet nur 8,30 Euro. Kartenvorverkauf ab sofort in der Buchhandlung im Doberaner Hof, in der Aesculap Apotheke Warnowallee, im Sanitätshaus Pudimat, direkt bei Genossin Barndt und an der Abendkasse. Die Erlöse gehen u.a. an das Frauenhaus, die Beratungsstelle für Mutter/Kind der Caritas Rostock sowie Wohltat e.V.



Geburtstage im Landkreis im Februar

Jan Erdel	BO Satow	45. Geburtstag
Harry Kunas	BO Lichtenhagen-Dorf	81. Geburtstag
Hermann Schmidt	BO Dummerstorf	70. Geburtstag
Werner Schwanbeck	BO X Bad Doberan	89. Geburtstag
Rita Seefeldt	BO II Bad Doberan	88. Geburtstag
Willi Staatz	BO II Bad Doberan	87. Geburtstag
Siegfried Unverricht	BO Retschow	86. Geburtstag

Klausur der Landtagsfraktion

2014 begann für die Linksfraktion auf der Winterklausur in Banzkow bei Schwerin. Vom 08.-10. Januar gab es den politischen Auftakt für die Kommunal- und Europawahlen. Doch nicht nur das war Thema. An den drei Tagen befasste sich die Linksfraktion zusammen mit eingeladenen Experten und Gästen mit der „Zukünftigen Sicherung von Bus und Bahn in MV“, „Integration von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern in MV als Herausforderung für die Bundes- und Landespolitik“, mit „Anforderungen an die zukünftige Gleichstellungspolitik“ sowie mit „Eckpunkten für ein Kulturförderungsgesetz in MV“.

Doch den Beginn markierte die am ersten Tag der Klausur eingereichte Große Anfrage der Fraktion zum Thema „20 Jahre Landesverfassung“.

Große Anfrage zur Verfassungswirklichkeit auf den Weg gebracht

Die PDS-Fraktion hat bereits 1996 mit einer Großen Anfrage Anspruch und Wirklichkeit der Landesverfassung hinterfragt. Damals hatte die Landesregierung u.a. geantwortet, dass Fragen offen bleiben müssen, da vieles im Land noch in Bewegung sei. Inzwischen hat es vielschichtige relevante Entwicklungen gegeben, europäische, bundes- und landespolitische Entscheidungen beeinflussten das Leben der Menschen im Land zum Teil erheblich. Zudem wurde die Verfassung viermal geändert. Das 20-jährige Verfassungsjubiläum ist ein geeigneter Zeitpunkt, erneut nachzufragen.

Wir, als Fraktion, wollen von der Landesregierung wissen, welche Veränderungen es in zentralen Bereichen der Gesellschaft in MV gegeben hat und wie sich die tatsächliche Lage für die Menschen gemessen an den in der Verfassung formulierten Zielen darstellt. Die Palette der Themen reicht von Fragen des Arbeitsmarktes, der Wirtschaft, der Bildung und Kultur, der Gesundheit, über Fragen zur Situation von Familien und Kindern bis hin zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung sowie der Entwicklung der Demokratie. Die Landesregierung soll Auskunft darüber geben, welche Strategien sie verfolgt, um Missstände zu beseitigen, negativen Entwicklungen entgegenzuwirken und Positives zu befördern.



Auch vor dem Hintergrund, dass sich im Jahr 2014 der Fall der Mauer zum 25. Mal jährt, ist es wichtig und richtig, dass die Linksfraktion die Große Anfrage gestartet hat. Die Menschen, die unter dem Motto ‚Wir sind ein Volk‘ auf die Straße gegangen sind, haben ein Recht darauf zu erfahren, wie ihre Forderungen umgesetzt wurden. Sie haben ein Recht darauf zu erfahren, welche Schritte in MV unternommen werden, um das Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu erreichen.

Bus und Bahn stärken und zukunftssicher gestalten

Die Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs stand am Mittwochnachmittag auf der Tagesordnung der Klausurtagung der Linksfraktion in Banzkow. Dazu waren Gäste vom Verkehrs- und Infrastrukturministerium, dem Eigenbetrieb Nahverkehr Nordwestmecklenburg sowie der Rostocker Straßenbahn AG eingeladen. „Der Schienen-Nahverkehr und der öffentliche Nahverkehr (kurz ÖPNV, Anm. d. V.) stehen vor riesigen Herausforderungen“, erklärte die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Mignon Schwenke. Nicht nur der demografische Wandel, sondern auch die zum Teil marode Infrastruktur und die seit Jahren dramatische Unterfinanzierung des öffentlichen Verkehrssektors machten neue Wege erforderlich.

„Die einzige Antwort der Landesregierung auf die sich zuspitzenden Probleme ist gegenwärtig Sparen auf Teufel komm raus“, kritisierte Mignon. Streckenstilllegungen und Ausdünnung von Takten auf der Schiene, Kürzung von Zuschüssen für

die Beschaffung von Straßenbahnen oder emissionsarmen Bussen seien jedoch keine Lösungen. So könne der ÖPNV nicht eine sichere Zukunft fahren.

„Der neue Verkehrs- und Infrastrukturminister muss nun zügig den bereits lange angekündigten integrierten Landesverkehrsplan vorlegen und zur Diskussion stellen“, sagte Mignon. Ziel

müsse es sein, den öffentlichen Verkehr zu stärken, damit die Mobilität der Menschen als wichtiger Teil der Daseinsvorsorge auch in den ländlichen Räumen gesichert werden kann. „Die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel muss attraktiver werden, dazu gehören beispielsweise eine Verdichtung der Takte, abgestimmte Fahrpläne von Bus und Bahn und eine Mobilitätsstrategie, die sämtliche Verkehrsträger berücksichtigt.“

Integration von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern

Das Thema stand am Donnerstag mit verschiedenen Akteuren der Arbeitsmarktpolitik im Mittelpunkt der Diskussion. „Wir wollen erreichen, dass die Probleme und Perspektiven der betroffenen Frauen und Männer künftig den erforderlichen Raum in der gesellschaftlichen Debatte erhalten, um gemeinsam zu Lösungen zu kommen“, erklärte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Linksfraktion, Henning Foerster, am Donnerstag in Banzkow.

„Langzeitarbeitslose haben es besonders schwer, wieder in Arbeit zu kommen“, so Henning. Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung liegt ihre Integrationschance bei 24 Prozent. Kommen ein oder sogar mehrere sogenannte Vermittlungshemmnisse hinzu, sinken die Chancen auf 12 bis ein Prozent. „Massive Mittelkürzungen des Bundes seit 2009 um mehr als 50 Prozent, mindern diese Chancen zusätzlich“, stellt Henning klar.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Dr. Jürgen Kehnscherper vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt der Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland brachte den Begriff der Inklusion auch für die Arbeitswelt in die Diskussion. „Auch langzeitarbeitslose Menschen werden daran gehindert, gleichberechtigt am Leben teilzunehmen“, sagte er. Es sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dies zu ändern und soziale Inklusion zu befördern. Vertreter des Erwerbslosenbeirates und der Beschäftigungsgesellschaften forderten in diesem Zusammenhang erneut, effektive Maßnahmen zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Männer und Frauen etwa im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung. „Dies ist nicht zum Nulltarif zu haben“, betonte Henning. Die dramatischen Mittelkürzungen seien angesichts der anhaltend hohen Anzahl hilfebedürftiger Menschen inakzeptabel und müssten zurückgenommen werden.

„Insgesamt wurde in der Diskussion, an der auch Vertreter der Unternehmerverbände und der Bundesagentur für Arbeit teilnahmen, deutlich, dass Bund und Land mehr für die Integration und die Perspektiven langzeitarbeitsloser Frauen und Männer investieren müssen“, so Henning. „Meine Fraktion wird sich für eine Bündelung aller Kräfte einsetzen, die sich für arbeitslose Menschen einsetzen und der Landesregierung weiter Vorschläge unterbreiten, denen sie sich bislang verweigert hat.“

Gleichberechtigt ist noch lange nicht gleichgestellt

Die „Anforderungen an die zukünftige Gleichstellungspolitik“ standen am Donnerstagnachmittag auf der Agenda. „In der Debatte um Stand und Defizite u.a. mit Vertreterinnen und Vertretern des Landesfrauenrates und der Landesarbeitsgemeinschaft Jungen-Männer-Väter wurde deutlich, dass gleichberechtigt noch lange nicht gleichgestellt bedeutet“, erklärte der gleichstellungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter.

„Mit dem personellen Neuanfang an der Spitze des Sozialministeriums besteht die Chance, die Gleichstellungspolitik neu auszurichten und ihr wieder mehr Bedeutung zukommen zu lassen“, sagte Peter. Seit der Zu- bzw. Unterordnung im Sozialministerium seien viele Aufgaben liegengelassen. „Konkret stehen beispielsweise die Fortschreibung der Gleichstellungskonzeption und des

Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie die Weiterentwicklung des Landesgleichstellungsgesetzes an.“



Um den Anforderungen an eine tatsächliche Gleichstellung gerecht zu werden, könne es nicht allein um die Herstellung gleicher Rechte für Frauen und Männer gehen. „Zugleich müssen ressortübergreifend strukturelle Nachteile, die einer gleichwertigen gesellschaftlichen Teilhabe entgegenstehen, gezielt beseitigt werden. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, chancengleicher Zugang zum Arbeitsmarkt, auch zu den Führungsetagen oder zur Betreuung der Kinder sind nur einige Bereiche, in denen noch vieles im Argen liegt.“

Die Linksfraktion hat in der jüngeren Vergangenheit mehrere Initiativen für eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern gestartet und auch in den Landtag eingebracht. „Alle Vorstöße, darunter ein Entwurf für ein neues Gleichstellungsgesetz, Vorschläge für eine geschlechterbewusste pädagogische Arbeit und Verbesserungen des Schutz- und Hilfesystems bei häuslicher und sexualisierter Gewalt, wurden abgelehnt“, sagte Peter. „Ich hoffe, dass die künftige Ministerin mehr Bereitschaft zeigt, sich mit bestehenden Defiziten auseinanderzusetzen und diese zu beseitigen.“

Linksfraktion will Kulturfördergesetz erarbeiten

Am Freitag hat sich die Linksfraktion darauf verständigt, ein Kulturfördergesetz zu erarbeiten. „Wir wollen, dass der verfassungsmäßige Auftrag, Kunst und Kultur zu schützen und zu fördern, konkreter geregelt wird“, erklärte

der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Koplin.

„Aus unserer Sicht muss kulturelle Bildung zur Pflichtaufgabe werden. Zugleich soll die Kulturförderung neu geordnet werden, um sie rechtssicher und transparent zu machen und zugleich zu vereinfachen“, so Torsten. Zukünftig sollte die Förderung aus einer allgemeinen Projektförderung, einer besonderen Projektförderung und einer

dynamisierten institutionellen Förderung bestehen. Die allgemeine Projektförderung wird vom Land an die Kommunen in den zu definierenden Kulturräumen ausgereicht, die das Geld an Projekte mit einer Fördersumme bis zu 20 000 Euro vergeben. Mit der besonderen Projektförderung sollen Projekte von überregionaler und internationaler Ausstrahlungskraft gefördert werden. Die institutionelle Förderung dient der Absicherung von auf Dauer angelegten kulturellen Institutionen und Initiativen wie Literaturhäuser und Festivals.

Maßgebliches Anliegen der Linksfraktion ist es, die Rahmenbedingungen für Kultureinrichtungen und -initiativen zu verbessern. „Hierzu gehört aus unserer Sicht, dass die sich bildenden Kulturbeiräte einen höheren Stellenwert erhalten“, so Thorsten. Darüber hinaus sollen Stellen für Kulturkoordinatoren in den Regionen geschaffen werden, die das Ehrenamt unterstützen und zugleich Drittmittel einwerben sollen. Eine Landesstiftung zur Förderung von Kunst und Tourismus soll die Arbeit der Kulturakteure zusätzlich finanziell absichern.

„Meine Fraktion spricht sich zudem für die Einführung eines Prädikats ‚Landeskulturerbe Mecklenburg-Vorpommern‘ aus. Dafür wollen wir bei den demokratischen Fraktionen werben, um im Landtag einen entsprechenden Beschluss zu erreichen“, forderte Torsten.

Wahlkreisbüro Regine Lück/ Landtagsfraktion



De demokratische Bodenreform II.

II.

Mit de Flucht von de Junker wūr 1945 dat Land frie. De olle Drohm von ´n „friegien Buern up friege Scholl“ wūr unner de Landarbeiter werrer lebendig. De Ümsiedler un Heimatverdräben wulln sik ok ´ne niege Existenz, in ein niege Heimat grün ´n. So hemm sik de Enkel von de einst dörch de Junker enteigneten Meckelnborg-Vörpommerschen Buern dorup vöbereit´, dat Junkerland werrer in Buernland taurüch tau verwanneln. Dat wier ok wirtschaftlich läbensnotwennig!

Dormit dat Volk in de SBZ - af 1949 DDR - nich verhungern möst, förrert dat Läben denn Kampf üm Brot un anner Nohrung, wat nu ümwälzende Reformen notwendig makte.

De Bodenreform ergeef sik also nich blots ut allgemein politische Gründ´sonnern ok ut wirtschaftliche Notwendigkeit. So keem dat nu dorup an, de ut dat „buerliche Privateigentum“ stammenden Kräft tau mobilisieren un dörch de Bodenreform an Stell von dat kapitalistische Interesse von etwa 7000 Junker de ideenrieke un kämpferische Bereitschaft von mehrere hunderttausend Buern tau setten. In ´n September 1945 hemm de antifaschistisch-demokratischen Parteien un Länderverwaltungen in de SBZ, einen einmütigen Upraup oewer de „*Verordnung über die Bodenreform*“ beschlaten.

Disse Verordnung volltreckte denn Bruch mit de Politik von ´t letzte Johrhunnert un mit de bithrige Politik oewerhaupt. In Artikel I wūr de Liquidierung von denn Grotgrundbesitt mit de Notwendigkeit begründt, de „*Herrschaft der Junker, die immer ein Hauptherd der Reaktion und des Faschismus und eine Hauptquelle der Aggression und der Eroberungskriege*“ wier, ein End tau bereiden.

Dorüm heit dat ok: „Der Grundbesitz soll sich in unserer deutschen Heimat auf feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen, die das Privateigentum ihrer Besitzer sind.“ (Artikel 1, Ziffer 1, Absatz 2)

Nah Artikel II von de Verordnung wūr denn ein Bodenfonds schafft.

De entstün: ut de Enteignung von dat Boden- un sünstige Landwirtschaftsvermögen:

- a) der *Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen*,
- b) der *Naziorganisationen und der aktiven Nazis*,
- c) der *Junker, Feudalherren und Großgrund-*

besitzer mit über 100 ha,

d) des bisherigen Staatsbesitzes. (1)

Dat Resultat wier ein Bodenfonds in Gröt von 3,2 Millionen Hektar inklusive Hold, Seen un Ödland. De Hauptteil wūr von denn Grotgrundbesitz stellt.

Einer von de gröttsten Grundbesitzer wier Malte von Veltheim, Fürst zu Putbus. Em gehörte fast ein Drüttel von de Insel Rügen, nämlich 18800 Hektar (ha) ursprüngliches Buernland mit samt Hüser, Katen un Schlötter.

In Meckelnborg har de ehemalige Grothertog Friedrich Franz - ok ´n Förderer von de Nazis - noch Gäuder mit 7000 ha. As de Nazis 1927 in Meckelnborg mit denn Upbu von ehre Partei anfüngen, hülپ Friedrich Franz mit mehrere Hypotheken von je 5000 Reichsmark dat Grundstück för de Nazidruckeri in Schwerin tau sichern. De ehemalige Erbgrothertog wier stolz dorup, SS-Mann tau sin, so as de Nazis stolz wieren, einen „Erbgroßherzog“ as SS-Mann tau hemm.



An Herzöge, Fürsten un Prinzen wiern ok verträden de Herzog Georg zu Meckelnburg-Remplin mit fast 4000 ha, de Fürst tau Schaumburg-Lippe mit 7700 ha, ein Prinz zu Lippe mit 2100 ha un de Prinzessin von Sachsen-Altenburg mit 4500 ha. Erinnerlich is ok, dat ein Prinz zu Schaumburg-Lippe sik dortau hergeef, Adjutant bi Goebbels un dormit Reklamechef för de Nazis tau sin.

Mit Grafen un Barons wier Ostelbien rieklich bedeiht. De Besitzriekste dorunner wier Graf Hahn-Basedow ut ´n Kreis Malchin. Sien politische Einfluss wier oewer von geringe Bedühdung. För de reaktionäre Politik in Preußen un Meckelnborg is de Einfluss von de Schwerins dominanter wäst. De Grafen von Schwerin harn in ´n Kreis Anklam bi 16 000 ha Land. Ok kehmen eine Reihg hoge Militärs ut disse Sipp. Oewer dit ist noch nich alls:

De Familie v. Maltzahn har 11 800 ha in Vörpommern. De von Heyden inkl. de von Heyden-Linden harn 10 300 ha.

Mit 8 200 ha wier denn noch de Familie von Behr verträden. An wiedere Gaudsbesitter sünd hier noch tau nennen:

Graf v. Maltzahn-Plessen im Kreis Waren mit 5900 ha, v. Schellendorf mit 5000 ha im Kreis Güstrow, Klot-Trautvetter in Vorpommern mit 4200 ha, v.d. Osten mit 3500 ha, v. Meerheim mit 3000 ha und v. Levezow mit 2000 ha.

Wer an denn reaktionären un militaristischen Geist der Junker Twiefel hemm süll, bruukt blots dat Vertieknis von alle Gaudsbesitter dörch tau seihn, un he ward fin ´n, dat dorunner ok ein lang Reihg von Militaristen wier, in de alle militärischen Rangstufen bit tau bekannte Generale, wie von Brandenstein, von der Schulenburg, von Schwerin, von Schlieffen, von Lützwow u.a.m. verträden wiern. Dor sünd ok inne Politik bekannte Namen mit reaktionären Klang, wie v. Lettow-Vorbeck dorbi, ja sülwst de Nam Kapp wier verträden, de uns denn Kapp-Putsch werrer lebendig makt un an de Morde erinnert, de an Landarbeiter bi Gnoin un in Niendorf begahn worden sünd.

Oewer nich nur Fürsten, Prinzen, Grafen un Militärs findt man unner de einstigen Grotgrundbesitter, sonnern ok Monopolkapitalisten wie Krupp un denn Grotbankier v. Strauß, de Hitler denn Wech in de Reichskanzlei finanzierten. Fritz Thyssen, ein von de iersten Geldgäber för de Nazis, har dat Gaud Neu Schlagsdorf, Hans Thyssen, München, har Groß Lüsewitz. Ok

Blohm & Voß wieren verträden. Tau denn Kreis von de Industriellen, de gaude Beziehungen tau de Naziführer harn, tellt ok de Nazi-Kapitalist Quandt ut Berlin, von denn hier all de Räd wier. (kiek in Deil I.)

Dat Register von de Grotgrundbesitter enthölt noch wiedere Konzernherren ut Gelsenkirchen, Bonn, Bochum, Osnabrück, Hamburg, Berlin, Lübeck un annere Städt´, de all ein Gaud för dat Wochenend in MV besäten hemm. Ok dat internationale Monopolkapital wier verträden dörch Henry Deterding, denn amerikanischen „Petroleumkönig“. He har sik as Utlänner ümmerhen 3226 ha Buernland anschafft. De demokratische Bodenreform makte 1945 dörch de Zerschlagung von denn Hitlerfaschismus de Utbeutung von dat Landvolk dörch de Junker un Monopolkapitalisten ein End, un hett dormit taugliek, ok de reaktionären Brutnester liquidiert.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

In „Geschichte der LPO der SED Mecklenburg“ kann man dort auf Seite 130 lesen: >> Unter Führung der KPD gestaltete sich die Bodenreform zu einer bis dahin größten revolutionären Massenaktion in der deutschen Geschichte. Mitte November 1945 waren in Mecklenburg-Vorpommern 2007 von 2199 Gütern über 100 Hektar dem staatlichen Bodenfonds zugeführt und 86 Wirtschaften aktiver Nazis unter 100 Hektar enteignet. 63 847 Familien, darunter 28

317 Landarbeiter und landlose Bauern, 23 715 Umsiedler und 9 509 landarme Bauern, erhielten Land. Bis zum Abschluss der Bodenreform wuchs die Zahl der Landempfangener auf 114 519, die Zahl der Neubauernstellen auf 77 178 (Stand am 1. Januar 1950) Die Durchschnittsgröße der Neubauernstellen betrug 9,5 Hektar. Insgesamt wurden in MV 1 073 578 Hektar Land in Bodenreformfonds erfasst – das

war ein Drittel des Bodenreformfonds in der sowjetischen Besatzungszone – und 815 423 Hektar Land aufgeteilt. Ein Viertel des Bodenfonds der Bodenreform verblieb in der Hand staatlicher und kommunaler Organe oder wurde den Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe und auch anderen Institutionen übergeben. <<

Kurt Kaiser

Zum 80. Geburtstag nachträglich Glückwunsch, Anerkennung und Respekt



Ein großer Kreis von Freunden und Wegbegleitern gratulierte herzlich und würdigte Günther Brock als aufrichtigen, streitbaren und warmherzigen Menschen. Nie war er mit dem Erreichten zufrieden und suchte nach neuen Inhalten, Lösungen und Wegen. Bequemlichkeit ist ihm fremd. Geradlinigkeit und kämpferisches Tun zeichnen ihn aus.

In seinem 80-jährigen Leben hat er sich viele Ausdrucksmöglichkeiten geschaffen, künstlerisch und schriftstellerisch.

Ruhe und Ausdruck für seine Gedankenwelt fand er in seinem über 40-jährigen bildhauerischen Schaffen. Stark faszinieren ihn Persönlichkeiten aus allen Schichten und in ihrem gesellschaftlichen Kontext. Seine Interpretationen stoßen nicht immer auf Zuspruch. Lob steht für ihn nicht an erster Stelle. Wichtig ist ihm, seinen Gedanken künstlerische Ausdruckskraft zu verleihen, sich zu artikulieren und einzumischen.

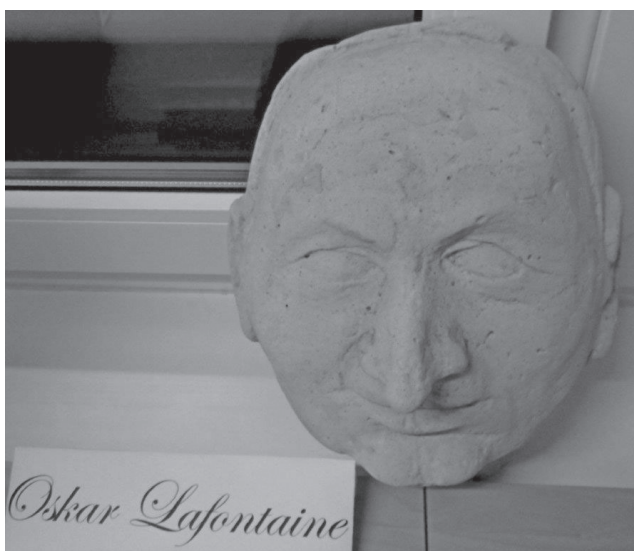
Das Schreiben ist ebenfalls eine Seite seines Wirkens. Seine Tätigkeit als Journalist und sein Auftreten beim Fernsehen erfüllten sein Leben mit wichtigen Inhalten. Unbequeme Themen scheute er nicht und interpretierte sie stets aus seiner Sichtweise. Das förderte sowohl Zuspruch als auch Ablehnung. Unbeirrt und konsequent geht Günther hier weiter seinen Weg.

Große Verdienste und Anerkennung hat er sich mit seiner Zeitung „Rostock – po russki“ erworben. Seit 15 Jahren erscheint alle 2 Monate die Zeitung für Bürger aus der ehemaligen Sowjetunion, die bei uns in Rostock eine neue Heimat gefunden haben. Es ist eine Zeitung für die russisch-sprachige Bevölkerung und Russland-Interessierte. Mit Herzblut und Leidenschaft unterstützt er heute noch die Journalisten.

Ein Ausruhen gibt es bei Günther Brock nicht. Er wird sich auch zukünftig zu Wort melden und mit künstlerischen Mitteln seinen Gedanken eine Stimme verleihen. Auch das Älterwerden wird ihn nicht daran hindern.

Hans-Jürgen Donner

Stadtteilsprecher DIE LINKE. Lütten Klein



Nach Gedenken 2014: Erinnerung an die Opfer des Holocaust auch weiterhin notwendig

Am 27. Januar jährte sich die Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee zum 69. Mal. Wie jedes Jahr organisierte die VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist_innen) Rostock auch 2014 eine Gedenkkundgebung am Mahnmal für die Opfer des Faschismus in Rostock am Steintor.

Trotz Minustemperaturen und Schnee folgten über 60 Menschen aus unterschiedlichsten politischen Zusammenhängen und allen Altersstufen dem Aufruf, auch 2014 an die Verbrechen der Nazis zu erinnern und die Opfer zu würdigen.

Hauptrednerin dieses Jahr war Ellen Brombacher. Nach einigen einleitenden Worten von Ida Schillen, Mitglied im Bundesvorstand der LINKEN und Vorsitzende der Rostocker VVN-BdA, schilderte Ellen eindrucksvoll, welche Erlebnisse sie, ihre Familie und ihre Freunde mit den Nazis machen mussten.

Rassismus, Antisemitismus und Hass auf vermeintlich Fremde sind aber keine Dinge der Vergangenheit, sondern auch heute noch reale Probleme. Die neofaschistische NPD sitzt in der Rostocker Bürgerschaft und im Landtag, der rechtsterroristische NSU ermordete hier mindestens einen Mitmenschen, Nazis in den Berufsschulen und der Universität – dies sind nur einige Beispiele für die Schwierigkeiten, mit denen wir heute noch beschäftigen müssen.



Umso wichtiger sind Veranstaltungen, wie die am Rosengarten. Nur wer die Vergangenheit versteht, kann Fehler in der Gegenwart und Zukunft verhindern. Trotz einer kleinen Verspätung und so mancher technischer Tücke war das Gedenken an die Opfer des Holocausts auch in diesem Jahr eine würdige Veranstaltung, zu der seit einigen Jahren auch immer mehr junge Menschen kommen. Vielen Dank allen, die an der Kundgebung teilgenommen haben und einmal mehr ein Zeichen für eine „Welt des Friedens und der Freiheit“ gesetzt haben, wie es schon im Schwur von Buchenwald heißt, den die Überlebenden Buchenwald-Häftlinge nach ihrer Befreiung im April 1945 feierlich ablegten.

Text und Foto: Nico Burmeister

Auszeichnung für Ilse Gotthardt



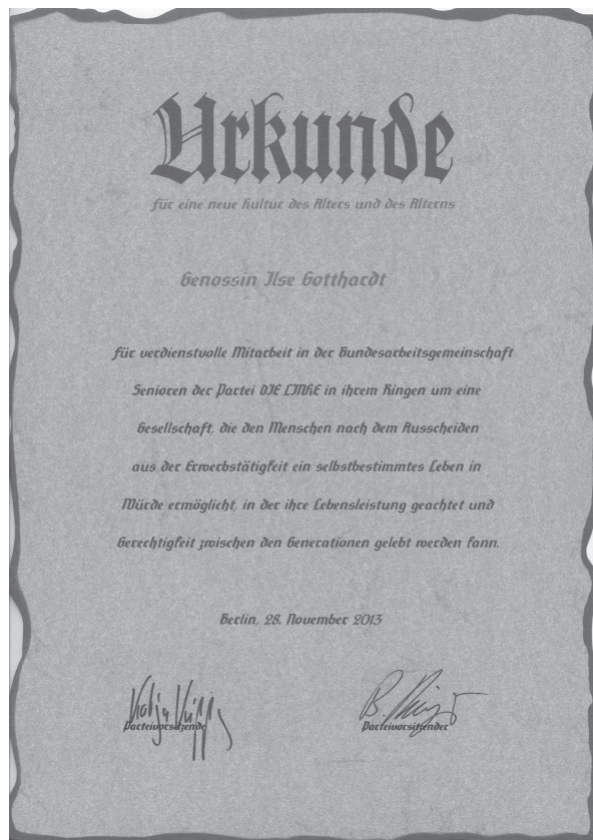
Die Genossin Ilse Gotthardt ist Gründungsmitglied der LAG Senioren-MV. In den Anfangsjahren setzte sie sich zunächst aktiv dafür ein, unsere Genossinnen und Genossen in Rentenfragen zu beraten. Konzentriert und aufgeschlossen hörte sie den ratsuchenden Personen zu und gab ihnen sach- und fachkundige Auskünfte zur Lösung ihrer Probleme.

In der LAG Seniorenpolitik unserer Partei und im Landesseniorenbeirat-MV erarbeitete sie sich durch ihre Sachkunde und ihr Einfühlungsvermögen in die zu behandeln-

den Sachfragen eine große Autorität. Sie war in den Anfangsjahren aktiv tätig bei der Vorbereitung der Altersparlamentarische MV. In einer kritischen Phase der Landesarbeitsgemeinschaft übernahm sie deren Leitung und führte die Seniorenarbeit erfolgreich weiter voran.

Am 2. Dezember 2013 wurde ihr auf einer Gesamtmitgliederversammlung die Urkunde des Bundesvorstands der Partei DIE LINKE unter großem Beifall der anwesenden Genossinnen und Genossen überreicht.

K-L. Spengler
Mitglied des Sprecherrates der BAG Senioren



Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Donnerstag, 13.2.	16:30 Uhr	MdB Wolfgang Gehrke zum Thema Europaparteitag	Bad Doberan	Kornhaus
15./16.2.		Bundesparteitag in Hamburg	Hamburg	
Montag, 17.2.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Güstrow	Stadthaus
Dienstag, 18.2.	18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 20.2.	15:00 Uhr	RotFuchs: Hans Bauer (GRH) zum Thema "Die Linkskräfte im Ringen um die Wahrheit"	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Str. 52
Donnerstag, 27.2.	15:00 Uhr	Mitgliederversammlung Evershagen: Eva-Maria Kröger zum Kommunalwahlprogramm sowie Vorstellungsbuchung des SDS	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Str. 52
Samstag, 1.3.	09:30 Uhr	Kreisparteitag Rostock	Rostock	Stadthalle
Samstag, 1.3.	09:00 - ca. 17:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung zur Aufstellung der Kandidaten zur Kommunalwahl	Reins-hagen	Gaststätte "Zur deutschen Eiche", Dorfstr. 24
Donnerstag, 6.3.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Bad Dob.	Stadthaus
Samstag, 8.3.	15:00 Uhr	Frauentagsfeier DIE LINKE	Bad Dob.	Kornhaus
Donnerstag, 20.3.	15:00 Uhr	Mitgliederversammlung Evershagen: Dr. Martina Bunge zur Rententhematik nach den Koalitionsverhandlungen	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Str. 52

Bereits am 9. Januar 2014 begann die Regionalgruppe Rostock des RotFuchs Förderverein e.V. mit ihrer Bildungsveranstaltung für das Jahr 2014. Mit der Referentin Ida Schillen (Mitglied des Bundesvorstandes Die Linke) war nicht nur eine kompetente Kommunalpolitikerin zu Gast, sondern auch die Thematik an sich - das Thema „Daseinsvorsorge“ - ist hochaktuell und betrifft jeden Bürger.

Gleich zu Beginn ihrer Ausführungen wurde dargelegt, dass die „Existentiellen Güter wie Wasser, Energie, Ackerboden und auch die Kulturgüter allen Menschen gehören müssen. Diese Position und Vorstellung ist durch die kapitalistische Gehirnwäsche der letzten Jahrzehnte gründlich ausgetrieben worden.“ Ida Schillen legte weiterhin dar, dass insbesondere die Privatisierungswelle natürlicher Ressourcen und öffentlicher Güter und Leistungen Anfang der 90iger Jahre des letzten Jahrhunderts, mittel- und langfristig zu erheblichen Nachteilen, Kostensteigerungen, Ausgrenzungen, Unsicherheiten und Risiken für Nutzerinnen und Nutzer geführt hatten. Des Weiteren führten diese Privatisierungswellen zu massivem Sozial- und Stellenabbau und letztendlich auch zur Erpressbarkeit des Staates durch die neuen Eigentümer, die privaten Konzerne und Banken. Viele ihrer Ausführungen untermauerte Ida mit Beispielen aus der unmittelbaren Kommunalpolitik, wie der Privatisierung der Wasserversorgung durch Eurawasser, der Stromversorgung mit der Macht der Energiekonzerne, oder den Verkauf von Wohnungen uvm.

Ebenso kritisch wurde der Staat selbst als schlechter Eigentümer dargestellt, da dieser mitunter die Gemeingüter durch Bund, Länder und Gemeinden teilweise

zerstört oder veräußert hat. Dieser Verkauf der Gemeingüter erfolgt in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ist in Geheimverträgen parafiert. Dieses passiert stets im Interesse der Regierenden und gekauften Politiker, privater Konzerne und Banken.

Sehr interessant für die Anwesenden war die Darstellung der Zusammenhänge, wie selbst diese Mechanismen im Staat, auch durch die Funktion der Treuhand, bis hin zur europäischen Politik wirken. An Hand des Erfurter Grundsatzprogramms der Linken stellte Ida dar, dass die Grundfrage dieser Problematik die Klärung der Eigentumsfrage ist. Es wird u.a. in diesem Programm eindeutig gefordert, dass die Güter und Leistungen der Daseinsvorsorge dauerhaft geschützt und nicht privatisiert werden dürfen. Gleichzeitig wurde aber auch ergänzend von ihr festgestellt, dass bei der Formulierung der Alternativen jedoch noch eine gewisse Unschärfe existiert. Es ist von gesellschaftlichem, staatlichem, öffentlichem, genossenschaftlichem und von Belegschaftseigentum die Rede.

In der anschließenden lebhaften Diskussion wurden solche Fragen diskutiert, wie wir diese zu lösenden Aufgaben klar definieren wollen, was genau angestrebt wird bzw. wie die Realisierung aussieht. Dass diese Fragen nicht abschließend beantwortet werden konnten, war jedem Teilnehmer an diesem Tag bewusst, aber alle waren sich darin einig, dass diese Fragen mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung getragen werden müssen, um einen Grundstock für künftige Veränderungen zu erreichen.

Es war eine gelungene Auftaktveranstaltung der Regionalgruppe Rostock des RotFuchs Förderverein e.V.

NEU IM LRO-KREISVORSTAND

Auf der letzten Kreismitgliederversammlung habt ihr mir euer Vertrauen ausgesprochen und mich in den Kreisvorstand des Landkreises gewählt. Dafür danke ich euch recht herzlich! Als „Neuling“ und neugewähltes Mitglied, habe ich nun hier die Möglichkeit bekommen mich kurz vorzustellen. Mein Name ist Renaldo Kroeger, ich bin 33 Jahre jung, gebürtiger Güstrower, verlobt und noch kinderlos.

Mit 21 Jahren engagierte ich mich das erste Mal politisch bei dem damaligen links-nahen Jugendverband [solid]. Die Arbeit im Jugendverband hat mir sehr viel Spaß gemacht und so bin ich dann mit einer kurzen Unterbrechung in die Linke eingetreten.

Jetzt könnte man fragen: Warum die Linke? Um alle Argumente hier aufzuzählen, reicht wohl der Platz in der Zeitung nicht aus, aber einen der vielen Gründe möchte ich hier doch gerne hervorheben. Die Linke deswegen, weil sie die einzige demokratische Partei ist, die sich nicht durch „Großspenden“ von Industrie oder Wirtschaftslobbyisten kaufen lässt - und das ist auch gut so! Denn nur so kann man die Meinungen der Wählerinnen und Wähler aufnehmen und weitergeben.

Im Privaten und Beruflichen war und bin ich immer bestrebt, eine soziale Gerechtigkeit herzustellen und ließ mich somit 2006 als Betriebsrat aufstellen, 2010 übernahm ich dann den Vorsitz dessen und wachse seitdem an meinen Aufgaben.

Ich freue mich auf die Arbeit im Kreisvorstand und erhoffe mir dadurch meinen Teil für eine sozial gerechte linke Gesellschaft beizutragen und wünsche allen Genossen/innen, Sympathisanten, Leser/innen, Freunden und Bekannten ein erfolgreiches und gesundes Neues Jahr.

„Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht!“

Zitat Rosa Luxemburg



Die „Neue Rechte“ - Ein alter Hut?

Am 22.01.2014 fand, organisiert durch den AstA und unter Mitwirkung der Hochschulgruppen der Jusos, der Grünen und DIE LINKE.SDS, der Vortrag „Rechte Intellektuelle und die Neue Rechte“ im Haus 1 des Ulmencampus der Universität Rostock statt. Als Referent war hierbei Helmut Kellershohn aus Duisburg eingeladen.

Anlass für dieses Ereignis, das den Auftakt einer Vortragsreihe zu dem Thema darstellen soll, war die Kontroverse um die Flugblattaktion der „Kritischen Uni“ im vergangenen Jahr. Ziel dieser Aktion war es, auf eben jene rechtsintellektuellen Strömungen innerhalb des Rostocker Lehrkörpers aufmerksam zu machen, was zu einer breiten Debatte rund um dieses Thema führte. Hierbei fiel die Universität dadurch negativ auf, dass sie zum einen direkt mit einer Strafanzeige gegen die Herausgeber des Flugblattes vorging, anstatt sich einer inhaltlichen Debatte zu stellen. Darüber hinaus gab sie eine Pressemitteilung an die „Junge Freiheit“ heraus, einem stark rechtskonservativen Blatt, das einen zentralen Akteur im Geflecht der „Neuen Rechten“ darstellt; ein Umstand, den weder wir, noch der AstA und die anderen Hochschulgruppen als tolerierbar erachteten. Dass dieses Thema innerhalb der Studierendenschaft als wichtig erachtet wird, fand seinen Ausdruck in der großen Resonanz der Veranstaltung. Etwa 180 Teilnehmer drohten die Kapazitäten des Raumes 323 zu sprengen. Unter den Zuhörern, die vornehmlich eher dem linken politischen Spektrum zuzuordnen sind, fanden sich aber auch vereinzelt einige AfDler und Burschenschaftler. Von letzteren verabschiedeten sich einige schon nach etwa der Hälfte des Vortrages. Neben divergierenden inhaltlichen Auffassungen, kann hierbei auch der hohe Anspruch der Veranstaltung mit hineingespielt haben. Herr Kellershohns Ausführungen zum Thema waren sehr umfassend und erforderten ein hohes Maß an Konzentration. Trotzdem war seine Bestandsaufnahme der Akteure der „Neuen Rechten“ sehr informativ. Hierbei stellte sich schnell heraus, dass die Begrifflichkeit der „Neuen Rechten“ irreführend ist, da diese Strömung in direkter Tradition jener bürgerlich-rechtskonservativen Kräfte steht, die in den frühen dreißiger

Jahren des letzten Jahrhunderts als Steigbügelhalter des Nationalsozialismus fungierten. Desweiteren wurde deutlich, dass es eine ganze Schar vor allem publizistisch aktiver Organisationen gibt, die stark untereinander vernetzt sind und versuchen im metapolitischen, eher weltanschaulichen Bereich tätig zu werden, mit dem Fernziel einer „Konservativen Revolution.“ Dieses Netzwerk versucht auch immer wieder Anknüpfungspunkte an breite, gemäßigte Schichten zu finden, um ihre Weltanschauung in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Es entbehrt hierbei nicht einer gewissen Ironie, dass sich dieses Vorgehen am Hegemonie-Gedanken des italienischen Kommunisten Gramsci orientiert, unterstreicht aber den Willen zum Pragmatismus der Rechten. Was den politischen Arm dieser Bewegung betrifft, so zieht sich auch hier eine Kontinuität über die Republikaner, den Bund Freier Bürger bis zur AfD. Ausgehend von der Grundannahme einer „Ausbeutung der Eliten“ durch einen „linken Staat“, entfaltet sich in diesem Netzwerk das gesamte Spektrum rechten Gedankenguts über Marktradikalismus, antieuropäische und antidemokratische Positionen, bis hin zu völkischem Gedankengut. Zwar vermied Herr Kellershohn eindeutige Stellungnahmen zum Gefahrenpotenzial der „Neuen Rechten“, trotzdem wurde aus seinen Ausführungen eines deutlich: Die „Neue Rechte“ stellt eine Gefahr für die Demokratie dar. Aufgrund ihrer subversiven Natur und dem permanenten Drängen auch in gemäßigte Mittelschichten ist diese Gefahr derzeit eventuell sogar höher einzuschätzen, als die offen rechtsextremer Organisationen, wie etwa der NPD.

Christian Albrecht

Up un Dal



Gewinnerin: Gesine Löttsch ist zur Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Bundestag gewählt worden.

Verlierer: Joachim Gauck verteidigt den Neoliberalismus, der in der ganzen Welt Menschen ins Elend gestürzt hat.

Monatszitat

„Wenn tatsächlich gelten würde: ‚Wer betrügt, fliegt!‘, wäre es recht leer im Bayerischen Landtag und auf der Ehrentribüne des FC Bayern München.“ Bernd Riexinger, Vorsitzender der Linkspartei

Monatszahl

Mit 26,3 Prozent ist die Kinderarmut in Ostdeutschland deutlich höher als im Westen. Dort gelten 17,4 Prozent der Kinder als armutsgefährdet. Am höchsten ist der Anteil von Armut bedrohter Kinder in Bremen (33,7 Prozent), dicht gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (33,5 Prozent). Für rund 70 Prozent aller armutsgefährdeten Kinder gibt es keine Urlaubsreisen. Jedes elfte arme Kind in West- und jedes siebte in Ostdeutschland lebt in einer Wohnung mit feuchten Wänden. Knapp zehn Prozent im Westen fehlt Winterkleidung, in Ostdeutschland gilt das sogar für zwölf Prozent der armutsgefährdeten Kinder.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer wurde für seine Arbeit mit der Urkunde des Bundesvorstandes ausgezeichnet?

2. Wer sind die LINKE-Spitzenkandidaten bei der Rostocker Kommunalwahl?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.03.2014